
Hubertus Schmoldt: Es geht um unsere Glaubwürdigkeit

Hubertus Schmoldt, geb. 1945 in Posen, ist Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik.

Wenn Joschka Fischer heute - vielleicht zum Erstaunen einiger - festgestellt hat, daß er mit der IG Chemie in bestimmten sensiblen Fragen einer Meinung ist - zum Beispiel in der Frage der Gentechnologie, auch wenn wir hier wahrscheinlich dann, wenn es um die konkrete Ausgestaltung geht, noch Differenzen haben werden -, ist das auch eine Antwort darauf, daß die Gewerkschaften nur dann eine anerkannte Reformbewegung bleiben werden, wenn sie bereit sind, sich den zum Teil schwierigen Diskussionen mit anderen zu stellen. Und das gilt nicht nur im Verhältnis zu den Umweltverbänden. Soviel vorweg.

Falsche Erwartungen an ein Grundsatzprogramm

Ich habe das Gefühl, daß in der Schlußphase der Diskussion über das Grundsatzprogramm oft vergessen wird, daß es ein Grundsatzprogramm und kein Aktionsprogramm ist, daß es also nicht darum geht, für jedes politische Ereignis und für jede aktuelle Situation eine Antwort zu finden. Dies wäre ein falsches Verständnis von dem, was ein Grundsatzprogramm leisten kann. Fragen des aktuellen Handlungsbedarfs müssen wir, wie in der Vergangenheit, gegebenenfalls mit Aktionsprogrammen abdecken.

Das Grundsatzprogramm muß, und das ist bereits schwierig genug, den Spagat fertig bringen, die unterschiedlichen Positionen zu elementaren Fragen der Zukunft dieser Gesellschaft innerhalb des DGB zusammenzuführen. Ein häufig zu hörender Vorwurf lautet: Der schwierige Versuch der Konsensfindung, des Kompromisses macht das Grundsatzprogramm zu einem mehr oder minder unverbindlichen Papier ohne Visionen. Dieser Vorwurf besteht zum Teil zu Recht. Wenn wir uns aber im DGB die Fähigkeit erhalten wollen, uns auf bestimmte Grundwerte - und dazu gehört eine solidarische, gerechte Gesellschaftsordnung - zu verständigen, dann müssen wir damit leben, daß nicht jeder seine harte Position in den Formulierungen des Grundsatzprogramms wiederfindet. Und es wäre ebenso falsch, wenn wir wieder in den alten Fehler verfallen würden, im Grundsatzprogramm für jedes Problem und jede Lebenslage eine Antwort zu formulieren. Dies wäre das falsche Signal an diejenigen, die genau beobachten, wie wir mit den Fragen der heutigen Zeit umgehen.

Es ist ein Fortschritt, daß es während der Diskussion über unser programmatisches Selbstverständnis keinen Rückfall in die alten ideologiebehafteten Debatten vergangener Jahre gegeben hat, sondern daß wir bei den zentralen Grundfragen zu einheitlichen Positionen gefunden haben, auch wenn der eine

oder andere gelegentlich über seinen Schatten springen mußte. Ich bin deshalb etwas besorgt, daß die Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden, in der wir uns aktuell befinden, offenbar dazu herhalten muß, daß viele Fragen, über die wir uns eigentlich mit der Verabschiedung des Programmentwurfs bereits verständigt hatten, neu diskutiert werden sollen. Ich warne vor einem solchen Vorgehen. Wer nimmt uns denn noch ernst, wenn wir nach einem vierjährigen Diskussionsprozeß, nach vielen Angeboten des Mitdiskutierens nicht in der Lage sind, einen Entwurf vorzulegen, der auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß im November eine breite Zustimmung bekommt? Wenn das nicht gelingt, werden wir massiv an Glaubwürdigkeit verlieren.

Im Programmentwurf gibt es ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Es war nicht einfach, dies so zu formulieren. Wir haben aber auch immer gesagt, daß die soziale Marktwirtschaft nicht ohne Probleme und nicht frei von Fehlern ist. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und das gleichzeitige Betonen, daß es innerhalb dieser sozialen Marktwirtschaft erheblichen Reformbedarf gibt, halte ich für einen richtigen Weg. Es wäre falsch, wenn wir immer noch glauben würden, dem ein alternatives Gesellschaftsmodell entgegensetzen zu können, wie wir dies noch im Grundsatzzprogramm von 1981 formuliert haben.

Verantwortung für Arbeitsplätze

Ich weiß sehr wohl um einen weiteren schwierigen Punkt im neuen Grundsatzzprogramm, nämlich die Frage: Wie bringen wir Ökonomie, Ökologie und die sozialen Erfordernisse ins Gleichgewicht? Dieses Spannungsverhältnis wird sich im Grundsatzzprogramm nicht so beantworten lassen, daß damit alle Diskussionen und Probleme gelöst sind. Es wird immer Widersprüche zwischen diesen drei Zielen geben. Wir müssen uns bemühen, diese Widersprüche so auszubalancieren, daß alle drei Ziele berücksichtigt werden, damit uns nicht ständig das alte Argument vorgehalten wird, wir würden die Ökologie immer zugunsten der Arbeitsplätze vernachlässigen, wir hätten keine zukunftsfähigen Lösungen anzubieten.

Zweitens: Wir müssen mit dem Grundsatzzprogramm ein deutliches Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland ablegen. Wenn wir das tun, sind damit natürlich auch Konfliktlinien vorprogrammiert, die wir nicht hätten, wenn wir ausschließlich über Dienstleistungen reden würden. Aber die Situation ist doch so, daß unsere Wirtschaft nach wie vor eine starke Verankerung im industriellen Bereich braucht, um auf dieser Basis überhaupt Dienstleistungen anbieten zu können. Und deshalb möchte ich hier eine Anmerkung zur Ökosteuer machen: In diesem Punkt bin ich Joschka Fischer näher als Anke Fuchs. Joschka Fischer hat vorhin darauf hingewiesen, daß man sich sehr genau die Konsequenzen einer Energiebesteuerung auf die einzelnen Bereiche ansehen muß. Der Einwand von Harald Schartau, daß es in dieser Frage auch im DGB-Beschluß noch etliche weiße Flecken gibt, ist

natürlich richtig. Aber ich glaube, wir können hier zum jetzigen Zeitpunkt keine allumfassende Antwort finden, sondern wir müssen uns darauf konzentrieren, was wir jetzt bereits machen können. Und ich bin sehr dafür, dies dann auch mit einem gewissen Druck zu tun. Dazu gehört, daß wir uns natürlich darüber im klaren sein müssen, daß die Unternehmen heute infolge der Globalisierung leichter als in der Vergangenheit ausweichen können, aber wenn wir unseren Gestaltungsanspruch erhalten wollen, müssen wir uns einmischen.

Meine dritte Anmerkung: Im Grundsatzprogramm fehlt eine Beschreibung der Rolle des Staates bei der Rahmensetzung in der Wirtschaftspolitik, in der Finanz- und in der Strukturpolitik. Auch wenn dieses Thema in der politischen Diskussion derzeit kaum eine Rolle spielt, müssen wir der Regierung abverlangen, daß sie Rahmendaten setzt, die dann auch zu einer ökologischen Erneuerung beitragen. Wir können die Wirtschaft nicht, wie das der derzeitige Wirtschaftsminister macht, ausschließlich dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Dies müssen wir im Programmentwurf deutlicher sagen.

Bereitschaft zum Kompromiß

Ich möchte alle ermuntern, die Bereitschaft zum offenen Diskurs, zur kritischen Auseinandersetzung, die im DGB-Grundsatzprogramm angelegt ist, weiterzuentwickeln, damit wir als Gewerkschaften in die Lage kommen, Debatten zu den wesentlichen Fragen der Gesellschaft zu organisieren und uns daran mit eigenen Vorschlägen zu beteiligen. Das erfordert allerdings von allen Beteiligten, daß sie in der Lage sind, Kompromißbereitschaft an den Tag zu legen und sich nicht nur als Vertreter ihrer Klientel zu begreifen. Wenn jeder sich nur als Interessenvertreter seiner Klientel begreift, werden wir in dieser Gesellschaft nicht zu den notwendigen Kompromissen kommen. Und dann wird uns mehr abhanden kommen als der soziale Konsens. Und deshalb bin ich guten Mutes, daß wir mit diesem Grundsatzprogramm, das sicher auch Schwächen hat, das ein paar Fragen nicht so beantwortet, wie das der eine oder andere von uns gerne hätte, ein Signal auch an diejenigen senden, die uns distanziert bis kritisch gegenüberstehen: an die jungen Menschen, die wir ja brauchen, um unsere Kraft und Durchsetzungsfähigkeit zu erhalten.

Wir sollten uns deshalb jetzt, in den letzten Wochen vor der Verabschiedung des neuen Programms, nicht verführen lassen, auf den alten, überholten Ansatz des Grundsatzprogrammes von 1981 zurückzugreifen. Und wir sollten nicht in den Fehler verfallen, etwas in das Grundsatzprogramm hinein zu schreiben, was in Aktionsprogramme hinein gehört, weil dies letztlich unsere Gestaltungsfähigkeit, auf die es bei einem Grundsatzprogramm ankommt, in Frage stellen würde. Dresden muß ein positives Signal werden. Dresden darf nicht zu einem Diskussionsprozeß verkommen dem wir die Uneinigkeit im DGB zu bestimmten Grundfragen demonstrieren. Das wäre das Schlimmste, was uns passieren kann. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit, unsere Zuverlässigkeit und damit um unsere Gestaltungskraft in der Gesellschaft.